Wissenschaft und Forschungspolitik

„Der Sinn der Forschungs- und Technologiepolitik ist, daß..."

Rainer Rilling

1 Am 21.6.1994 sprach Bundeskanzler Helmut Kohl vor der Deutschen Forschungsgemeinschaft.

Seine Meinung:

- die Wissenschaft in Ostdeutschland sei „auf einem guten Weg"; wir könnten „stolz" sein.

Seine Sorge:

- daß wir auf „den Weltmärkten Terrain verloren haben."
- daß das „Land der Dichter und Denker" zum „Land der Zweifler und Zauderer" werde.

Seine Vorschläge:

- „mehr Wissenschaftler [...], die Technologieunternehmen gründen".
- „mehr Gemeinschaftsunternehmen zwischen Forschungsinstituten und Wirtschaftsunternehmen".
- ein „Industriejahr für junge Wissenschaftler".

Sein Ziel:

- „effektiverer Technologietransfer von der Forschung in die Unternehmen".

2 Beiträge und Diskussionen während des Kongresses haben gezeigt, daß Teilnehmerinnen und Teilnehmer anderer Meinung sind, andere Sorgen haben, andere Vorschläge zur Diskussion stellen, andere Zielsetzungen formulieren als Helmut Kohl. Wohl niemand hier glaubt, die deutsche Forschungspolitik sei auf einem guten Weg. Wir meinen, daß diese Politik nur fortschreibt und eigene Initiativen zur Bearbeitung schwierigster Probleme der gesellschaftlichen Armut und Ungleichheit, der Naturzerstörung und Gewalt weithin vermissen läßt.

3 Unser Problem ist weniger, daß etwa die Firma Porsche vor ein paar Monaten ihre Entwicklungsarbeiten für das Modell 989 eingestellt hat – den Sportwagen für mehr als zwei Personen –, für die sie runde 100 Millionen DM ausgegeben hatte; und nun und erst jetzt daran geht, für 300 bis 500 Mio. DM einen kleinen Sportwagen zu entwickeln – den für weniger als zwei Personen oder gar nur eine oder womöglich noch weniger – und deswegen Terrain auf dem überlebenswichtigen Weltmarkt der Sportwagen für sowohl mehr als zwei als auch weniger als zwei Personen verloren hat.

4 Unser Problem ist eher eine Forschungs- und Technologiepolitik, wie sie insbesondere auf Bundesebene verantwortet wird, die nach wie vor überwiegend auf die Steigerung technologischer Leistungsfähigkeit, industrieller Konkurrenzfähigkeit und militärischer Macht fixiert bleibt.

Diese Politik praktiziert im Zeichen der Standortrhetorik und eines neuen, blinden Modernisierungspragmatismus eine im wesentlichen auf ökonomisch verwertbare Technologiefelder zielende exportorientierte Förderpolitik, die zudem auf Weltmarktüberlegenheit statt auf kooperative Außenwirtschaftsbeziehungen und Abbau der tiefen weltwirtschaftlichen Ungleichheiten aus ist. Sie folgt einer Ratio, die in einem Beitrag der Forschungsverantwortlichen des US-Senatsausschusses, Barbara Mikulski, in der Zeitschrift „Science" mit den Worten skizziert wurde:

> „We have seen the end of the Cold War. Yet we believe there is another war, and that ist the war for America's economic future. With this president and vice president, we want to make sure that we aggressively claim the markets in the new world order, yet lay the groundwork that we will always, now and into the next century, continue to be an economic superpower [...]. Just as we developed the smart weapons to win the Cold War, we want to be able to have the smart science and the smart technology to win the new wars in the economic arena [...]. People knew how important it was to win the Cold War. We now have to show how important it is to win the economic war [...]. I believe there is a new paradigm emerging how science is conducted and how it is organized." [1]

- Sie verharrt weiter in ihrer Strategie der Förderung unrentabler, die öffentlichen Haushalte belastender Großprojekte, für deren fragwürdigen gesellschaftlichen Nutzen der Transrapid oder die dieser Tage neu projektierten milliardenschweren Super-Passagierflugzeuge und Militärtransporter für die Verladungen reicher Touristen und friedensschaffender Soldaten in alle Welt stehen mögen.
- Sie hat große Forschungskapazitäten in Ostdeutschland zerstört; unter anderem ist ihr eine für die Geschichte der deutschen Industrieforschung einmalige „Freisetzung" von 70.000 Beschäftigten zuzurechnen.
- Sie bindet weiter Mittel in der Größenordnung von rund 60 % des BMFT-Haushaltes an die militärische Forschung und das Projekt der bemannten Weltraumfahrt mit ihren fragwürdigen Menschen- und grotesk teuren Wissenschaftsexperimenten.
- Sie investiert – um mit Vittorio Hösle zu sprechen – weiterhin Unsummen von Geldern in Forschungen des Typs, wie man mit gleicher Sicherheit mit noch größerer Geschwindigkeit in der Kurve überholen kann.
- Sie vernachlässigt die Förderung und Unterstützung der Frauen im Prozeß der Forschungsförderung und Technikentwicklung und schließt diese vollständig

[1] Barbara Mikulski: Science in the National Interest, in: Science vom 8.4.1994, S. 221 f. Der Beitrag geht auf eine Rede Mikulskis auf der ersten großen Wissenschaftskonferenz der Clinton-Administration am 31.1.1994 zurück. Vgl. Nature vom 10.2.1994.

und ohne jeden Ansatz zur Änderung aus den zentralen FuT-politischen Entscheidungsprozessen aus.
- Sie trägt endlich bestenfalls randständig zur Bewältigung sozialer und ökologischer Zukunftsaufgaben und zur Reflexion von Risiken und möglichen Folgen neuer Technologien bei.

Bei alledem ist sie ungebrochen von sich selbst überzeugt.

5 Es ist an der Zeit, eine neue Bilanz zu eröffnen und die alten Fragen an die Forschungspolitik zu stellen:

- Wer braucht die Raketen, Raumschiffe und Reaktoren, die da erdacht und konstruiert werden?
- Müssen wir in der Minute über 7000 DM für militärische Forschung ausgeben, deren Ratio nicht mehr Abschreckung, sondern weiträumige Kriegsführungsfähigkeit ist?
- Brauchen wir den Stolz darauf, daß der „Eurofighter" mit einer Dreiviertelmilliarde in diesem Jahr das größte staatliche FuE-Projekt der Bundesrepublik ist?
- Sind wir wirklich auf Greifswalder Fusionsreaktoren als Symbol technischer, industrieller und staatlicher (sprich ostdeutscher), also nationaler Modernität angewiesen?
- Wie lange können wir uns eine Forschungs- und Technologiepolitik leisten, die nachsorgend von den Beschädigungen von Mensch und Natur lebt (und soweit gleichsam an diesen interessiert sein muß, will sie prosperieren), statt sie vorsorgend zu vermeiden?
- Wo ist das Maß einer Technikpolitik angesichts einer Technik, die ihre Maßstäbe allein aus der Selbststeigerung der Geräte nimmt, die also erst dann haltmachen kann, wenn sie die Natur selbst in ein Artefakt verwandelt hat?
- Wie weit soll der Gestaltungs-, also Politikverzicht der gegenwärtigen FuT-Politik denn noch gehen, für den z. B. steht, daß Firmen wie Daimler-Benz oder Siemens jährlich dem Budget des BMFT vergleichbare Beträge von 8–10 Mrd. DM in die Forschung investieren – eigenverantwortlich und ohne jede Industrieforschungsfolgenabschätzung? Oder für den steht, daß der Anteil der zivilen staatlichen FuE-Mittel am im Wirtschaftsbereich verausgabten zivilen Forschungskapital im letzten Jahrzehnt von 14,5 % auf 6,3 % absank, politische Steuerung der Industrietechnikentwicklung durch Geld also faktisch nicht mehr stattfindet?
- Kann auch nur eines der wesentlichen wirtschaftlichen Probleme der Massenarbeitslosigkeit, des ökologischen Umbaus, der Angleichung der Lebensverhältnisse gelöst werden durch die gegenwärtig betriebene Ausweitung des Anteils der wirtschaftlich orientierten Forschung von dem bereits jetzt extrem hohen Ausgangsniveau von etwa 85 % der nationalen Forschungsressourcen auf 87 % oder 90 % – man/frau denke an die aktuellen Vorschläge zur Zukunft der Großforschungseinrichtungen? Keiner der Freunde des deutschen Standorts hat bisher diese simple Frage nach derlei Grenznutzenversprechungen gestellt – aber sie ist die Kernfrage.
- Was bedeutet eine solche weitere Zunahme der Wirtschaftsankoppelung für die Geistes-, Sozial-, Kultur- und Wirtschaftswissenschaften, in die gegenwärtig gerade 3 bzw. 7 % der Mittel gehen?
- Wie lange können sich die entwickelten Industriestaaten des Nordens eine FuT-Politik leisten, die – wenn überhaupt – allein auf jene Probleme der Klimaerwärmung, der Zersetzung der Ozonschicht und der Emission giftiger Stoffe gerichtet ist, die diese entwickelten Industriestaaten des Nordens unmittelbar betreffen bzw. die direkt von ihnen hervorgebracht wurden? Eine FuT-Politik, die demgegenüber die schwerwiegenden Probleme der Ernährung, des Wohnens, der sozialen Verelendung, des Verlustes der Artenvielfalt, der Verschlechterung des Bodens, der Entwaldung, der Wasserverschmutzung und -verknappung oder der Luftverschmutzung vernachlässigt, also jene globalen Probleme, die vorrangig den Süden betreffen – die also bestenfalls sozialökologisch halbiert ist?
- Wie lange endlich können wir uns noch ein Unternehmen Wissenschaft leisten, dessen Beschäftigte in aller Regel virtuos, klug und präzise Satz auf Satz, Patent auf Patent, Stein auf Stein fügen, ohne eine Ahnung vom Plan des ganzen Projekts zu haben? Eine Wissenschaft, deren Hauptfrage nicht ist: „Was ist der Fall?" und deren zwei wichtigste Zusatzfragen nicht sind: „Was brauchen wir? Was wollen wir?", sondern die fragt: „Können wir es machen? „Was können wir produzieren?" „Wie können wir es verkaufen?"

6 Viele Menschen, darunter auch viele Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen sind erschöpft von der rasenden Zeit seit 1989. Ihr Sinn steht nicht nach Bruch, sondern nach Verhältnissen, die sinnvolle Lebensplanung ermöglichen. Dies auch, um dem Beruf nachgehen zu können, als WissenschaftlerInnen ohne Zaudern zu zweifeln, zu fragen, zu antworten, nachzufragen. Durch spekulative Projekte großer Staatstechnik wird dies ebensowenig gesichert wie durch eine Wissenschaftskultur, in der – um die FAZ zu zitieren – Gene „realen Marktwert" angenommen haben und die bekannte Frage nach Risiken und Nebenwirkungen nicht mit dem Verweis auf den Apotheker oder den Ethiker, sondern auf eben diesen Markt beantwortet wird. Doch der Markt ist ein begrenzt brauchbares Instrument, ein großartiges – aber erst im Nachhinein, nach getaner Arbeit wirkendes Maß. Er ist überhaupt keine Antwort, zumal nicht auf Risiken, für die es ein Nachhinein gar nicht gibt. Schon deshalb erspart uns das Marktversprechen nicht den notwendigen Politikwechsel, ohne den neue Antworten auf die skizzierten alten Fragen nicht möglich sind.

7 Ein bescheidener Versuch, zur Arbeit an diesen Antworten beizutragen, ist zu diesem Kongreß vorgelegt worden. Über 50 Kollegen und Kolleginnen aus unterschiedlichen Institutionen, Verbänden und Parteien haben am „Memorandum Forschungs- und Technologiepolitik 1994/1995 - Gestaltung statt Stan-

und ohne jeden Ansatz zur Änderung aus den zentralen FuT-politischen Entscheidungsprozessen aus.
- Sie trägt endlich bestenfalls randständig zur Bewältigung sozialer und ökologischer Zukunftsaufgaben und zur Reflexion von Risiken und möglichen Folgen neuer Technologien bei.

Bei alledem ist sie ungebrochen von sich selbst überzeugt.

5 Es ist an der Zeit, eine neue Bilanz zu eröffnen und die alten Fragen an die Forschungspolitik zu stellen:

- Wer braucht die Raketen, Raumschiffe und Reaktoren, die da erdacht und konstruiert werden?
- Müssen wir in der Minute über 7000 DM für militärische Forschung ausgeben, deren Ratio nicht mehr Abschreckung, sondern weiträumige Kriegsführungsfähigkeit ist?
- Brauchen wir den Stolz darauf, daß der „Eurofighter" mit einer Dreiviertelmilliarde in diesem Jahr das größte staatliche FuE-Projekt der Bundesrepublik ist?
- Sind wir wirklich auf Greifswalder Fusionsreaktoren als Symbol technischer, industrieller und staatlicher (sprich ostdeutscher), also nationaler Modernität angewiesen?
- Wie lange können wir uns eine Forschungs- und Technologiepolitik leisten, die nachsorgend von den Beschädigungen von Mensch und Natur lebt (und soweit gleichsam an diesen interessiert sein muß, will sie prosperieren), statt sie vorsorgend zu vermeiden?
- Wo ist das Maß einer Technikpolitik angesichts einer Technik, die ihre Maßstäbe allein aus der Selbststeigerung der Geräte nimmt, die also erst dann haltmachen kann, wenn sie die Natur selbst in ein Artefakt verwandelt hat?
- Wie weit soll der Gestaltungs-, also Politikverzicht der gegenwärtigen FuT-Politik denn noch gehen, für den z. B. steht, daß Firmen wie Daimler-Benz oder Siemens jährlich dem Budget des BMFT vergleichbare Beträge von 8–10 Mrd. DM in die Forschung investieren – eigenverantwortlich und ohne jede Industrieforschungsfolgenabschätzung? Oder für den steht, daß der Anteil der zivilen staatlichen FuE-Mittel am im Wirtschaftsbereich verausgabten zivilen Forschungskapital im letzten Jahrzehnt von 14,5 % auf 6,3 % absank, politische Steuerung der Industrietechnikentwicklung durch Geld also faktisch nicht mehr stattfindet?
- Kann auch nur eines der wesentlichen wirtschaftlichen Probleme der Massenarbeitslosigkeit, des ökologischen Umbaus, der Angleichung der Lebensverhältnisse gelöst werden durch die gegenwärtig betriebene Ausweitung des Anteils der wirtschaftlich orientierten Forschung von dem bereits jetzt extrem hohen Ausgangsniveau von etwa 85 % der nationalen Forschungsressourcen auf 87 % oder 90 % – man/frau denke an die aktuellen Vorschläge zur Zukunft der Großforschungseinrichtungen? Keiner der Freunde des deutschen Standorts hat bisher diese simple Frage nach derlei Grenznutzenversprechungen gestellt – aber sie ist die Kernfrage.
- Was bedeutet eine solche weitere Zunahme der Wirtschaftsankoppelung für die Geistes-, Sozial-, Kultur- und Wirtschaftswissenschaften, in die gegenwärtig gerade 3 bzw. 7 % der Mittel gehen?
- Wie lange können sich die entwickelten Industriestaaten des Nordens eine FuT-Politik leisten, die – wenn überhaupt – allein auf jene Probleme der Klimaerwärmung, der Zersetzung der Ozonschicht und der Emission giftiger Stoffe gerichtet ist, die diese entwickelten Industriestaaten des Nordens unmittelbar betreffen bzw. die direkt von ihnen hervorgebracht wurden? Eine FuT-Politik, die demgegenüber die schwerwiegenden Probleme der Ernährung, des Wohnens, der sozialen Verelendung, des Verlustes der Artenvielfalt, der Verschlechterung des Bodens, der Entwaldung, der Wasserverschmutzung und -verknappung oder der Luftverschmutzung vernachlässigt, also jene globalen Probleme, die vorrangig den Süden betreffen – die also bestenfalls sozialökologisch halbiert ist?
- Wie lange endlich können wir uns noch ein Unternehmen Wissenschaft leisten, dessen Beschäftigte in aller Regel virtuos, klug und präzise Satz auf Satz, Patent auf Patent, Stein auf Stein fügen, ohne eine Ahnung vom Plan des ganzen Projekts zu haben? Eine Wissenschaft, deren Hauptfrage nicht ist: „Was ist der Fall?" und deren zwei wichtigste Zusatzfragen nicht sind: „Was brauchen wir? Was wollen wir?", sondern die fragt: „Können wir es machen? „Was können wir produzieren?" „Wie können wir es verkaufen?"

6 Viele Menschen, darunter auch viele Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen sind erschöpft von der rasenden Zeit seit 1989. Ihr Sinn steht nicht nach Bruch, sondern nach Verhältnissen, die sinnvolle Lebensplanung ermöglichen. Dies auch, um dem Beruf nachgehen zu können, als WissenschaftlerInnen ohne Zaudern zu zweifeln, zu fragen, zu antworten, nachzufragen. Durch spekulative Projekte großer Staatstechnik wird dies ebensowenig gesichert wie durch eine Wissenschaftskultur, in der – um die FAZ zu zitieren – Gene „realen Marktwert" angenommen haben und die bekannte Frage nach Risiken und Nebenwirkungen nicht mit dem Verweis auf den Apotheker oder den Ethiker, sondern auf eben diesen Markt beantwortet wird. Doch der Markt ist ein begrenzt brauchbares Instrument, ein großartiges – aber erst im Nachhinein, nach getaner Arbeit wirkendes Maß. Er ist überhaupt keine Antwort, zumal nicht auf Risiken, für die es ein Nachhinein gar nicht gibt. Schon deshalb erspart uns das Marktversprechen nicht den notwendigen Politikwechsel, ohne den neue Antworten auf die skizzierten alten Fragen nicht möglich sind.

7 Ein bescheidener Versuch, zur Arbeit an diesen Antworten beizutragen, ist zu diesem Kongreß vorgelegt worden. Über 50 Kollegen und Kolleginnen aus unterschiedlichen Institutionen, Verbänden und Parteien haben am „Memorandum Forschungs- und Technologiepolitik 1994/1995 - Gestaltung statt Stan-

dortverwaltung. Für eine sozial-ökologische Erneuerung der Forschungs- und Technologiepolitik" mitgearbeitet. Mit ihrer Unterschrift, oftmals auch mit ergänzenden Vorschlägen und Kritiken haben bis heute 400 Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen – darunter 160 Hochschullehrer und Hochschullehrerinnen – sowie wissenschaftspolitisch engagierte Persönlichkeiten aus Bundes- und Landtagen – darunter Bundestagsabgeordnete von SPD, Bündnis 90/DIE GRÜNEN und PDS –, Gewerkschaften, Umweltorganisationen, Medien und politischer Öffentlichkeit das Memorandum unterstützt. Der Kreis der UnterzeichnerInnen rekrutiert sich je zur Hälfte aus den Natur- und Sozialwissenschaften und steht zudem für sehr unterschiedliche politische Lager. Zu dem Kreis gehören aus der Wissenschaft u. a. Ulrich Albrecht, Günter Altner, Elmar Altvater, Ulrich Beck, Lothar Bisky, Joseph Dehler, Christiane Floyd, Wilhelm Heitmeyer, Rudolf Hickel, Ekkehart Krippendorff, Friedrich Nake, Wolfgang Neef, Oskar Negt, Jürgen Schneider, Georg Simonis, Dietmar Stehlik, György Szell und Gerda Zellentin. Aus der Politik unterzeichneten das Memorandum u. a. der Bundesvorsitzende der Jungsozialisten Thomas Westphal, Hiltrud Breyer (MdEP), Ulla Burchardt (MdB), Katrin Fuchs (MdB), Peter von Oertzen, Karin Benz-Overhage und Horst Schmitthenner vom Vorstand der IG Metall, der Bundesgeschäftsführer des BUND Onno Poppinga, und Ted Thurner für den Vorstand des „freien zusammenschlusses von studentInnenschaften" (fzs). Ein solches nicht nur auf Einzelfragen, sondern auf das gesamte Politikfeld bezogenes Votum für Veränderung ist ein Novum in der Geschichte der deutschen FuT-Politik.

8 Das Memorandum plädiert dafür, daß sich Forschungs- und Technologiepolitik zentral an der Zielvorstellung des sustainable development orientiert. „Heutige Wissenschaft und Forschung", so formulierte die Arbeitsgruppe Umwelt der SPD-Bundestagsfraktion in ihrem Programm 1993, „sind zum großen Teil Ausdruck einer auf Naturbeherrschung und -ausbeutung beruhenden Gesellschaftsentwicklung." [2] Die Menschheit lebt über ihre Verhältnisse – der bundesdeutsch herrschende Teil davon leistet sich zum Beispiel Massenarbeitslosigkeit und Umweltzerstörung im jährlichen Geldwert von rund 360 Mrd. DM. Es gibt keinen nachhaltigen Kapitalismus, kein Industrieland entspricht dem Kriterium der sustainability, d. h. einer Entwicklung, die sowohl langfristig ökologisch verträglich ist als auch zu einer gerechteren Verteilung von Lebens- und Arbeitschancen führt. Um eine solche Entwicklung zu öffnen, ist – so wenig uns das gefällt – ein radikaler Bruch notwendig, ein Trendbruch. Er ist realisierbar durch Steigerung der Ressourcenproduktivität, hohe Rezyklierungsquoten, andere Produkte und Lebensstiländerungen – also mit einem neuen Kultur-, Produktions- und Wohlstandsmodell, dessen Verwirklichung nicht nur eine Senkung von Nutzungsintensitäten erfordert, sondern auch eine technische Effizienzrevolution zur Stabilisierung bzw. Minderung der heutigen

[2] SPD: Fraktion-Aktuell vom 14.9.1993, S. 47.

Fließgrößen bei den Umweltbelastungen. Vordringliche Handlungsfelder sind im „Memorandum" entwickelt

Vorschläge Memorandum Forschungs- und Technologiepolitik 1994/95

Zentrale Zielsetzung: Gewährleistung nachhaltiger Entwicklung

einer Entwicklung, welche die Bedürfnisse der Gegenwart befriedigt, ohne zu riskieren, daß künftige Generationen ihre eigenen Bedürfnisse nicht befriedigen können

1. Reduzierung der Ausgaben für Rüstungsforschung auf zunächst ca. 20 %.
   - Aufkündigung von Großprojekten (z.B. Eurofighter 2000).
   - Konversionsprogramme für militärische FuE-Institute.
   - Ausweitung der Mittel für Friedensforschung auf 10 Mio. DM.
   - Einstellung des Exports von rüstungsrelevanter FuT.
   - Aufbau eines öffentlichen Projektregisters.
   - Parlamentarisierung der FuT-politischen Entscheidungen.
   - Kontrolle der dual-use-Forschung.
2. Moratorium der Projekte für bemannte Raumfahrt.
3. Umbau der Energieforschungspolitik.
   - Keine neuen Forschungsreaktoren.
   - Keine Entwicklung eines „inhärent sicheren Reaktors".
   - Keine Expansion der Fusionsforschung.
   - Verstärkte Förderung der alternativen Energien und rationellen Energienutzung, auch durch Markteinführungshilfen.
4. Orientierung der „strategischen Technologien des 21. Jahrhunderts" wie Biotechnologie, Werkstoffe, IuK, Fertigungstechnik auf alternative Märkte, die eine Steigerung der Ressourcenproduktivität, hohe Rezyklierungsquoten, andere Produkte und Lebensstiländerungen ermöglichen.
5. Entwicklung einer reflexiven, global orientierten und sozialökologischen „strategischen Vorsorgeforschung".
   - Orientierung auf globale Probleme, d.h. vor allem Fragen der Ernährung, des Wohnens, der Verelendung, des Verlustes der Artenvielfalt, der Verschlechterung des Bodens, der Entwaldung, der Wasserverschmutzung und -verknappung als primäre Probleme des Südens und der Klimaerwärmung, der Zersetzung der Ozonschicht und der Emission giftiger Stoffe als primäre Probleme des Nordens.
   - Ausbau der Risikowissenschaften und TA.
   - Umsetzungsorientierte Umweltforschung.
   - Stärkere Einbeziehung der Frauen in den FuT-politischen Entscheidungsprozeß; Frauenförderung/Frauenforschung.
6. Durchsetzung einer sozialstaatsorientierten, arbeitsplatzschaffenden und -sichernden Innovationspolitik.
   - Aufbau eines Systems öffentlich geförderter Beschäftigung (vor allem, aber nicht nur in Ostdeutschland) u.a. durch Personalförderung, Abstützung von Markteinführungsprozessen und Stärkung der Eigenkapitalbasis.
   - Sicherung selbstorganisierter Wissenschaftsnetzwerke.
   - Sonderprogramm für die Industrieforschung Ost.
   - Durchsetzung eines humanzentrierten Leitbilds „sanfter" industrieller Technikentwicklung und -nutzung zur Sicherung einer gesundheits-, qualifikations- und umweltförderlichen Arbeits-, Technik- und Produktgestaltung.
   - Neukonzipierung und Wiederauflage des Programms Arbeit und Technik in enger Verknüpfung mit Umwelt- und Gesundheitsforschung mit dem mittelfristigen Ziel, ein integriertes, vor- und nicht primär nachsorgendes sozialökologisches Programm aufzubauen.

7. Umbau der Forschungsförderung und Neugestaltung der FuE-Einrichtungen.
   - Neugestaltung und Vereinheitlichung der Forschungsbudgets z.B. entsprechend der avisierten neuen Fachgliederung des FuE-Gesamtbudgets in den USA.
   - Durchsetzung des Subsidiaritätsprinzips in der Industrieforschungsförderung, Abbau der alimentierenden indirekt-spezifischen Förderung.
   - Ausbau der Kleinprojektförderung, Ausbau interdisziplinärer sozialökologischer Verbundforschung.
   - Einrichtung einer „sozialökologischen" Förderinstitution auf Bundesebene, gekoppelt an ein integriertes sozialökologisches Förderprogramm mit adressatenorientierter Projektförderung und sukzessivem Aufbau einer "grünen Liste".
   - Entwicklung eigener befristeter Experimentierprogramme und -fonds auf Länderebene.
8. Demokratisierung der FuT-Politik.
   - Parlamentarisierung der FuT-politischen Entscheidungen auf Basis ausgebauter Anhörungs- und Informationsrechte.
   - Bildung eines Ministeriums für Bildung, Wissenschaft und Technik.
   - Öffnung des forschungspolitischen Beratungssystems.

Hinweis: Text und Liste der UnterzeichnerInnen sowie gesonderte aktuelle Analysen zu einzelnen Feldern der FuT-Politik, Positionspapiere der Parteien und eine umfangreiche Literaturliste sind veröffentlicht in: Georg Ahrweiler, Peter Döge, Rainer Rilling (Hrsg.): Memorandum Forschungs- und Technologiepolitik 1994/95. Gestaltung statt Standortverwaltung. Für eine sozial-ökologische Erneuerung der Forschungs- und Technologiepolitik. Forum Wissenschaft Studien 26, BdWi-Verlag: Marburg 1994, 440 S., 48.- DM.

9 Ein neuer Weg muß geöffnet werden für die Forschungs- und Technologiepolitik. Hannah Arendt hat vor Jahren formuliert: „Der Sinn des Politischen [...] ist, daß Menschen in Freiheit, jenseits von Gewalt, Zwang und Herrschaft, miteinander verkehren, Gleiche mit Gleichen."

Wäre das nicht ein Satz, den wir von diesem Kongreß mitnehmen sollten: „Der Sinn der Forschungs- und Technologiepolitik ist, daß Menschen in Freiheit, jenseits von Gewalt, Zwang und Herrschaft, miteinander verkehren, Gleiche mit Gleichen."

Stellungnahmen aus der Politik